

Herr Stühl von der Bremer Heimstiftung stellte den Werdegang des Projektes vor. Bereits 2018 gab es erste Ideen, so dass im Frühjahr 2019 ein Beteiligungsformat mit einem Abschluss-Workshop stattgefunden hat. Dort wurden die Zielgruppen benannt, das Verfahren und auch der Zeitraum des Projektes.

Um den Projektantrag vorzubereiten wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, bestehend aus Stefan Kuhnold, Frau Dr. Jahn und Herrn Stühl. Das Projekt war mit einer Projektdauer von 3 Jahren vorgesehen mit einem Budget von jährlich (oder insgesamt) 200.000 €. Der erste Antrag wurde vom Verband der Ersatzkassen Bremen abgelehnt. In Zusammenarbeit mit der GKV wurde jedoch ein zweites Verfahren angeregt und ein neuer Antrag gestellt. Dieser zweite Antrag wurde im November 2021 abgesendet. Bei diesem Projektantrag war es so, dass weder die Krankenkassen noch das Bundesministerium den Antrag begleiten sollten, sondern der Projektträger Jülich. Zwischenzeitlich hat sich jedoch ergeben, dass der Projektträger Jülich für die Antragsgewährung bzw. Abarbeitung nicht mehr zuständig ist. Aufgrund eines Klageverfahrens vor dem Bundessozialgericht hat sich die Gesetzeslage bzw. die Rechtslage so verändert, dass das ursprünglich vorgesehene Präventionsgesetz, das die gesetzlichen Kassen verpflichtete 30 Mio. € pro Jahr abzuführen, nicht rechtmäßig ist, so das Bundessozialgericht. Die Rechtswidrigkeit ist festgestellt worden, allerdings ohne dass das Bundesverfassungsgericht bisher angerufen wurde. Im Ergebnis befürwortet man zwar die Projektideen, aber ein neuer Rahmen muss geschaffen werden, um das Projekt abzuarbeiten. Herr Stühl berichtet zudem, dass im Mehrgenerationenhaus von Frau Aydtt extra ein Raum für dieses Projekt freigehalten wird. Man rechnet monatlich damit, dass das Projekt genehmigt wird.

Der Ausschuss und das Ortsamt bedanken sich insbesondere bei Herrn Stühl, aber auch bei der gesamten Arbeitsgruppe und auch bei der Bremer Heimstiftung dafür, dass für die Ausarbeitung Herr Stühl finanziert wurde.

Zu TOP 4: Einrichtung von Senioren-Wohnungen. Wie geht das?

Frau Schöbel berichtet, dass die Bremer Heimstiftung in dem Wohnungsbestand, den sie in der Ludwig-Roselius-Allee übernommen hat, 80 Wohnungen übernommen hat, wobei 70 Senioren-Wohnungen mit Service sind. Insgesamt verwaltet sie für die Bremer Heimstiftung nun 181 Wohnungen, hiervon sind im Stadtleben Ellener Hof 121 Wohnungen und 66 Wohnungen für Studierende. Die Neubaugewohnungen sind größtenteils barrierefrei, allerdings ist bei den neuen Wohnungen kein Wohnen mit Service angedacht. Hinsichtlich der Wohnungen gibt es hohe Nachfragen bei Jung und Alt.

Herr Schleisiek für die Gewoba kann mitteilen, dass insbesondere in den alten Bestandswohnungen in den Hochhausvierteln Tenever und Blockdiek Barrierefreiheit herrscht. Allerdings sind auch viele Wohnungen lediglich barrierearm, da die Fahrstühle im Zwischenstockwerk halten. Tatsächlich werden bei Neubauten auch rollstuhlgerechte Wohnungen gebaut. Die Service-Manager der Gewoba sind geradezu auch auf die Generation 60+ ausgebildet, so dass bei Menschen mit Beeinträchtigungen auch Haltegriffe, Duschen, Sitzhocker etc. auf Anfrage gegeben werden können.

Auf Nachfrage, was mit Wohnungen passiert, die barrierefrei sind aber nicht an Menschen mit Behinderungen vermietet werden, teilte Herr Schleisiek mit, dass 3 Monate Leerstand akzeptiert wird. Danach werden diese Wohnungen auch an Menschen ohne Behinderungen vermietet.

Zu TOP 5: Wie meistern Senioren die Corona-Pandemie, speziell auch die finanziellen Aspekte, da keine Corona-Zulagen an Senioren (Rentner und Pensionäre) gezahlt werden?

Herr Schmidtmann, der in früheren Zeiten Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und eines Beirates war, teilt mit, dass im Entlastungspaket der Bundesregierung tatsächlich Senioren vergessen wurden, wenn sie nicht z. B. Grundsicherung im Alter erhalten. Sollten sie knapp darüber liegen, so gibt es keine finanzielle Unterstützung, ebenso nicht für Menschen mit Handicap. Dies wird von der Seniorenvertretung auch kritisiert.

Das Ortsamt wird gebeten, einen Beschlussantrag zu formulieren, wo eine Nachbesserung auch in Hinblick auf behinderte Menschen und Senioren, die keine Grundsicherung erhalten, gefordert wird. Dies im Zusammenhang mit der Inflation, die derzeit herrscht, aber auch mit der Verteuerung der Grundnahrungsmittel sowie Energiekosten. Diese Teuerungen werden auch nicht durch die in Kürze erwartete Rentenerhöhung aufgefangen.

Herr Schmidtman benennt weitere Themen, die derzeit in der Seniorenvertretung diskutiert werden. Zum einen ist dies das Thema Digitalisierung bei Seniorinnen und Senioren. Hier gibt es Modelprojekte in Burglesum und Obervieland. Zweites großes Thema ist ein mögliches Seniorenmitwirkungsgesetz, das es bereits in vier Bundesländern gibt. Insoweit würde das bedeuten, dass in der Stadt Bremen ein Landesmitwirkungsgesetz notwendig wäre.

Drittes große Thema ist die Teilhabe von Senioren am Leben in der Stadt insgesamt im Zusammenhang mit der Reduzierung von Banken- und Sparkassenangeboten. Ähnlich verhält sich dies mit der ortsnahen Versorgung mit Postfilialen. Schließlich ist das Thema Seniorenticket nach wie vor aktuell, insbesondere für verkehrsarme Zeiten am Tag. Dies wird sicherlich in den nächsten Monaten durch das geplante 9 €-Ticket für 3 Monate überlagert. Nach wie vor fordert die Seniorenvertretung analog des Schülertickets auch ein solches für Senioren.

Zu TOP 6: Zusammenstellung einiger Fragen für den Besuch der Wirtschaftssenatorin am 7. Juni 2022 in den Stadtteil Osterholz

Erstes Thema könnte sein die Frage, ob der Flächentausch für die neue Recycling-Anlage am Weserpark nunmehr stattgefunden hat? Zudem wäre die Frage, ob das Gewerbegebiet am Nußhorn noch entwickelt wird? Das Ortsamt wird gebeten, noch einmal Aktiv für Osterholz e. V. sowie die Werbebezugsgemeinschaft Schweizer Viertel anzuschreiben hinsichtlich möglicher Fragen.

Schließlich bittet Frau Osterhorn darum, die Senatorin auch als Arbeitssenatorin anzusprechen hinsichtlich der Vorschläge von digitaler Nutzung im Homeoffice auch nach der Pandemie.

Zu TOP 7: Mitteilungen des Ortsamtes

Herr Schlüter verweist auf entsprechende E-Mails.

Herr Schlüter teilt im Zusammenhang mit der Frage einer möglichen Stiftung Osterholz (vergleichbar der Hemelingen Stiftung), dass die Gewoba mitgeteilt hat, pro Mietwohnung 1 € zur Verfügung zu stellen. Dies würde bedeuten, dass es einen Zuschuss von 5.100 € von der Gewoba für die Gründung einer solchen Stiftung geben könnte. Momentan stehen hinsichtlich einer möglichen Stiftung folgende Zusagen im Raum:

1. Herr Bremermann sen. 5.000 €
 2. Gewoba Bremen 5.100 €
 3. Beirat Osterholz (aktueller Globalmittelantrag) 2.000 €
 4. Ulrich Schlüter 500 €
- ergibt zusammen 12.600 €

Zu TOP 8: Verschiedenes

Die nächste Sitzung findet statt am 4. Juli 2022 um 17 Uhr.

Bremen, 26.4.2022

Ulrich Schlüter
(Sitzungsleitung/Protokollführer)

Jörn Krauskopf
(Ausschusssprecher)

